

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölfmal.

Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Insertions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als III. Beilage: Allgemeine Verloosungs-Tabelle No. 50.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 12. December. (C. T. C.) Der Rhein-pegel zeigte heute 5,92 m; das Wasser fällt rasch. Das Wetter ist hell. Nachts waren 10° Kälte. Der Schluss der Schifffahrt ist wegen eingetretenen Eisganges unmittelbar bevorstehend.

Dresden, 12. December. (C. T. C.) Die Personenschifffahrt auf der Elbe ist wegen Treibeises eingestellt. Die Frachtschifffahrt wird noch in ganz beschränktem Maasse durch die Gesellschaft „Kette“ fortgesetzt.

Hamburg, 12. December. (C. T. C.) Der Postdampfer „Allemanis“ der Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft hat, von Westindien kommend, heute Lizard passirt.

Darmstadt, 12. December. (C. T. C.) Der Grossherzog hat sich Vormittags zu den Beisetzungsfeierlichkeiten des verstorbenen Präsidenden der ersten Hessischen Ständekammer, Grafen Götz, nach Schlitz begeben.

Wien, 12. December. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Die Regierung kündigt die Genehmigung der Prioritäten-Conversion der Aussig-Teplitzer Eisenbahn an die Bedingung, dass bei eventueller Verstaatlichung von der concessionsmässigen Erlösungsrente 22 000 M d. i. 1/2 des Ersparbisses aus der Prioritäten-Conversion, abgezogen wird. Die Emission der Temes-Beghaler Anleihe durch die Unionbank wird Anfangs Januar beabsichtigt.

London, 12. December. (C. T. C.) Die „Times“ meinen, die Bulgarische Rumelische Frage könne als thatsächlich gelöst betrachtet werden. Die directen Unterhandlungen zwischen den verschiedenen Cabineten hätten dahin geführt, dass das Verlangen nach Herstellung des status quo ante in Ostrumelien fallen gelassen sei; die Türkei würde von den Grossmächten einzeln abgeben werden, Commissäre zur Ermittlung der Wünsche der Rumelioten zu entsenden, denen alsdann auch die Aufgabe zufallen solle, zu ermitteln, wie diesen Wünschen Rechnung getragen werden könne. Nach Erledigung dieser Angelegenheit seitens der Türkei werde dem neuen Status in Bulgarien die diplomatische Sanction Europas erteilt werden.

Petersburg, 12. December. (C. T. C.) Der Königlich Preussische General à la suite, Fürst Anton Radziwill, ist gestern hier eingetroffen. — Die hiesige Gesellschaft vom Rothem Kreuze entsendet heute wiederum 2 Sanitätszüge mit je 6 Militärärzten, 12 Chirurgen und 12 barmherzigen Schwestern nebst Lazarethmaterial nach Serbien resp. Bulgarien.
(Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 12. December.

— Deutscher Reichstag. 16. Sitzung vom 12. December. Am Tische des Bundesraths: v. Boetticher.

Präs. v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Eingegangen ist eine Vorlage, betr. die Herstellung des Nordostsee-Canals.

Die zweite Berathung des Etats wird beim Etat des Reichsamt des Innern Kap. 7a, Tit. 12 aufgenommen.

Der Titel wirft für Einrichtung und Unterhaltung regelmässiger Deutscher Postdampferverbindungen mit Ostasien und Australien 4 400 000 Mark aus.

Der Referent der Budgetcommission, Abg. Dr. Sattler, theilt mit, dass die Regierung sich bereit erklärt habe, die geforderte Summe bei der dritten Lesung um ein Viertel zu verringern, wenn die Fahrten statt im April erst im Juli beginnen sollen.

Abg. Frhr. v. Buol (Centr.) empfiehlt Namens mehrerer Handelskammern Rotterdam als Anlaufhafen.

Staatssecretär v. Boetticher: Was die Mittheilung des Referenten betrifft, so kann ich wiederholen, dass zur Zeit noch nicht abzusehen

ist, wann die Eröffnung der Fahrten beginnen kann. Bis zur dritten Berathung werden wir jedoch Klarheit darüber haben. Was die Wahl des Hafens betrifft, so habe ich soeben eine Entschliessung des Reichskanzlers unterzeichnet, wonach für ein Jahr das Anlaufen in Antwerpen versuchsweise stattfinden soll. In Betracht kommen können überhaupt nur als Häfen Antwerpen, Rotterdam und Vlissingen. Soviel Interessen auch auf Rotterdam hinweisen, so macht doch der Umstand, dass Rotterdam nicht das ganze Jahr hindurch für tiefgehende Schiffe anzulaufen ist, das Aufgeben Rotterdams notwendig. Bei der Entscheidung hat der Reichskanzler geglaubt, die Wünsche des Norddeutschen Lloyd nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Vlissingen hat nicht so vollkommene Hafeneinrichtungen wie Antwerpen, für welches wir jetzt uns zu entscheiden haben. Aber auch Antwerpen ist nur versuchsweise gewählt worden — sollte sich herausstellen, dass ein anderer Hafen besser geeignet erscheint, so haben wir und der Lloyd immer noch freie Hand zu anderweitiger Entschliessung.

Abg. Dr. Hammacher (nationalliberal): Die soeben vernommene Entschliessung befriedigt mich vollkommen. Herr v. Buol hat sich für Rotterdam ausgesprochen. Ich muss jedoch dem Herrn Staatssecretär Recht geben, dass technische Schwierigkeiten dem entgegenstehen. Freilich wäre sonst Rotterdam für die Deutsche Industrie als Hafen günstiger als Antwerpen, bei einer Wahl zwischen Antwerpen und Vlissingen kann man natürlich nicht schwanken, sich für Antwerpen zu entscheiden. Auch der Umstand, dass die Entscheidung nur für ein Jahr getroffen ist, gibt uns genügende Garantien für vollständige Berücksichtigung der Interessen des Deutschen Handels. Der Vertrag mit dem Lloyd ist im Ganzen wie im Einzelnen durchaus befriedigend und den Anschauungen des Reichstags in voriger Session entsprechend.

Abg. Dr. Windthorst: Ich bin überzeugt, dass die heutige Erklärung des Staatsministers in Deutschland mit Befriedigung aufgenommen wird. Ich finde es auch ganz richtig, dass man sich an die Vorschläge der sachverständigen Gesellschaft des Norddeutschen Lloyds gehalten hat; doch bedaure ich, das Collegen Meyer den Bau der Schiffe nur auf der Bremer Werft und nicht auch in übrigen Deutschen Häfen bauen lässt.

Abg. Meier Bremen (nationallib.): In Rotterdam können wir nicht anlaufen, da unsere Schiffe grösseren Tiefgang haben, als der Rotterdammer Hafen gestattet. Der Vorwurf, dass wir das Interesse Bremens im Auge haben, ist unzutreffend. Wir sind bemüht, allen Wünschen und Anregungen des Publicums gerecht zu werden und wissen, dass wir gerade dadurch das Bremische Interesse am Meisten fördern. Was den Hafen Antwerpens betrifft, so ist dieser Vlissingen gegenüber nicht so schlecht bestellt, wie man wohl gesagt hat. So lange wir die Ostasiatische Linie befahren, also innerhalb zehn Jahren, ist es nur einmal nicht möglich gewesen, anzulaufen. Was die Eisenbahntarifirung betrifft, so muss noch erreicht werden, dass die Tarife von Hamburg und Bremen pro rata der Distanzen ebenso billig gestellt werden, wie nach Antwerpen und Rotterdam.

Die Discussion wird geschlossen und der Titel bewilligt.

(Schluss des Blattes.)

— In der Budgetcommission des Reichstags wurde heute die Berathung des Extraordinariums des Militäretats beendet und die geforderten 574 800 M zur Erwerbung eines südlich der Haupt-Cadettenanstalt zu Grosslichterfelde belegenen Terrains zum Exerzierplatz abgelehnt. — 7 Millionen zur Completion des Waffenmaterials wurden bewilligt.

— Die Vorlage über den Nord-Ostsee-Canal ist dem Reichstage soeben zugegangen.

— Die socialdemokratische Partei des Reichstags beantragt zur zweiten Berathung des Etats im Militäretat in Cap. 31 der Ausgaben (Verpflügung der Ersatz- und Reserve-Mann-

schaften 2 276 726 M, 2 150 000 M mehr auszuwerfen und zwar als folgenden neuen Titel: für die Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrlente: für Preussen 2 000 000 M, für Sachsen 100 000 M, für Württemberg 50 000 M. Dem Titel soll folgende Anmerkung beigefügt werden: „Das Geld wird als Berechnungsgeld bewilligt. Die Kriegsministerien haben auf Ansuchen der Betheiligten nach Zahl der Familienglieder und nach der Vermögenslage aus diesen Fonds einen ausreichenden Unterstützungsbetrag zu leisten, dem der Verdienst der zu den Truppen eingezogenen Reservisten oder Landwehrlente zu Grunde zu legen ist.“

— Seitens der Braunschweigischen Staatsbehörden ist jetzt die Aufforderung an den Herzog von Cumberland ergangen, den Betrag von etwa 500 000 M als Erbschaftsteuer für das Privatvermögen des verstorbenen Herzogs zu zahlen. Wenn sich der Herzog von Cumberland weigert, was selbstverständlich ist, so wird zunächst Beschlag auf das sog. Bevernsche Capital (100 000 Thaler Gold) gelegt, dessen vom Landtage genehmigte Auszahlung bekanntlich bis zur Regelung der Erbschaftsteuer verschoben wurde. Unter dieser Bedingung hatte der Landtag die Auszahlung genehmigt. Auch hat der Staat noch weitere Deckungsmittel in Hand.

— Der neuernannte hiesige Braunschweigische Ministerresident und Bevollmächtigter zum Bundesrath, Baron von Cramm-Burgdorf, sieht mit nächstem seiner völligen Horstellung entgegen und wird dann sofort dem Kaiser seine Beglaubigung überreichen.

— Wie man der „Nat. Ztg.“ schreibt, ist die Militär-Convention zwischen Preussen und Braunschweig dem Abschluss nahe und dürfte in nicht allzu ferner Zeit in's Leben treten. Die Zurückverlegung des Braunschweigischen Infanterie-Regiments, welches jetzt in Metz garnisonirt, nach Braunschweig, wird unmittelbar darauf erfolgen. Die Angabe, dass die Absicht bestehe, die historischen schwarzen Uniformen des Regiments abzuschaffen, bedarf noch der Bestätigung. In Braunschweig nimmt man an, dass nach der Vollendung der Bauten im dortigen Schlosse die völlige Uebersiedelung des Prinzregenten mit seiner Familie dorthin erfolgen wird.

— Wie aus Brüssel telegraphisch gemeldet wird, ist in Folge directer Verwendung des Königs der Belgier Antwerpen zum Anlegehafen für die Deutsch-Ostasiatische und Deutsch-Australische Postdampferlinie seitens des Reichskanzlers bestimmt worden.

— Die Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien sind bisher zu keinem Ergebnis gekommen, weil man über die vorläufige Besetzungsgrenze nicht einig wurde. Fürst Alexander drohte mit Wiedereröffnung der Feindseligkeiten, und wenn die Serbische Armee noch eine grössere Schlappe erleidet, so liegt das junge Königreich vor dem fürstlichen Sieger offen und wehrlos da. Bei dieser Lage haben die Mächte, wie der „K. Z.“ aus Wien berichtet wird, sich entschlossen, ihre Wiener Botschafter zur Entsendung von Sachverständigen aufzufordern, welche die vorläufige Besetzungsgrenze feststellen sollen. Diese Sachverständigen wären naturgemäss die Militärbevollmächtigten der Mächte bei den Botschaften in Wien, die gewissermassen die Rolle des militärischen Unparteiischen bei der vorläufigen Besetzungslinie zu spielen hätten. Ihrem Entscheide werden sich gewiss beide Theile willig fügen.

— Aus Philippopol theilt der „Standard“ den Hauptinhalt der Antworten mit, welche die verschiedenen dortigen Consuln den Provinzial-Deputationen erteilten. Der Englische Consul sagte, er hoffe, seine Regierung werde in ihren Anstrengungen zu Gunsten der Union Bulgariens und Ostrumeliens, die England durchaus billige, erfolgreich sein. Der Französische Consul versprach, seiner Regierung — avec empressement — die Wünsche der Nation nach einer Vereinigung zu übermitteln. Der